

Thesen zur Auswertung der Bundestagswahl 2021

1. Das Ergebnis der Bundestagswahl zeigt zwar eine erfreuliche Schwächung der marktliberal-konservativen CDU (-8,9 Punkte) und einen leichten Rückgang bei der AfD (-2,3 Punkte). Angesichts eines Wahlergebnisses von 4,9 % für DIE LINKE ist jedoch festzuhalten, dass es bei weitem nicht ausreichend gelungen ist, für die nötige Abkehr vom brutal marktradikalen Neoliberalismus und für eine friedliche wirtschaftlich nachhaltige demokratische Gesellschaft zu überzeugen – vor allem deswegen nicht, weil die offizielle Wahlkampfstrategie darauf gar nicht ausgelegt war.
2. Bei der Bundestagswahl hat sich eine dramatisch hohe Zahl an Wählerinnen und Wählern von der LINKEN abgewandt, im Vergleich zur vorherigen Wahl rund die Hälfte. Genauso dramatisch ist, dass die rechtsextreme AfD in ehemaligen Hochburgen der LINKEN/PDS im Osten Direktmandate erreichen und in einigen Ländern sogar zur stärksten politischen Kraft werden konnte. Dabei ist es nicht verwunderlich, wenn Wählerinnen und Wähler der LINKEN zu SPD und Grünen sowie ins Nichtwählerlager wechselten, wenn profilierte linke Politikerinnen und Politiker so taten, als seien die politischen Unterschiede zur SPD und den Grünen marginal. Wer bereits im Wahlkampf das eigene politische Profil weitgehend aufgibt, muss sich nicht wundern, wenn die Wählerinnen und Wähler das dann übernehmen und kaum noch die Notwendigkeit sehen, eine starke linke Oppositionskraft in den Bundestag zu wählen, eine Kraft, die neoliberaler Politik genauso widerspricht wie den rassistischen Demagogen der AfD.
3. Der Stimmenverlust der LINKEN reiht sich ein in den Abwärtstrend bei fast allen Landes-, Bundes- und EU-Wahlen, seitdem Teile der Parteiführung – ohne Legitimierung durch den Bundesparteitag, den Bundesausschuss oder den Parteivorstand – die Regierungsfrage als die strategisch entscheidende ausgerufen haben, der alles andere unterzuordnen sei. Das Bundestagswahlergebnis stellt den vorläufigen Tiefpunkt dieser Entwicklung dar. Die parteiintern harsch und seit Jahren von einigen vertretene Orientierung für eine Regierungsbeteiligung auf der bundesstaatlichen Ebene ist mit diesem Wahlergebnis aber nun gescheitert! Es ist daher jetzt eine grundlegende Änderung strategischen und politischen Ausrichtung erforderlich – genauer gesagt: Das Erfurter Programm und Beschlüsse der Partei müssen wieder ins Zentrum unserer politischen Arbeit rücken und mit Leben gefüllt werden.
4. Die mitten im Wahlkampf durch leitende Genossinnen und Genossen vollzogene Veränderung in der Wahlkampfstrategie, also mit der Brechstange alles nur noch entlang einer möglichen Regierungsbeteiligung auszurichten, hatte mit dem vom Bundesparteitag beschlossenen Wahlprogramm nichts zu tun. Es widersprach inhaltlichen Festlegungen des Bundesparteitags, dass das neoliberal orientierte Parteienkartell von CDU/CSU bis zu den Grünen zum Teil aus der Kritik genommen wurde, anstatt sie – wie in vorherigen Wahlkämpfen – erfolgreich zu attackieren und unsere eigenen Positionen zu betonen. Es reicht nicht aus, wenn die LINKE nur noch als „soziales Korrektiv“ zu den Parteien auftritt, die für die Agenda 2010, für Aufrüstung und eine zunehmend aggressiv gestaltete Außenpolitik verantwortlich sind. Wenn die LINKE nicht klar macht – wie es in den Dokumenten der Partei ausformuliert ist –, dass die gesellschaftliche Krise (weltweit) ursächlich mit dem Kapitalismus und der neoliberalen Politik zusammenhängt und dass das Engagement aller für eine Wende in Richtung einer friedlichen, sozial gerechten, nachhaltig produzierenden und auf Kooperation basierenden Gesellschaft, erforderlich ist, wird sie nur als Wurmfortsatz von SPD und Grünen wahrgenommen und kann mithin leicht ignoriert werden.
5. Die Bundes-LINKE hat es bezüglich der vielfach grundrechts- und grundgesetzwidrigen Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie an erforderlich scharfer Kritik mangeln lassen. Es fehlte an Gegenwehr und Gegenöffentlichkeit für die Verteidigung (und Realisierung) der Grund- und Menschenrechte. Dies ist aber notwendig, um den im Zuge der Pandemie durchgeführten Großangriff auf die sozialen Interessen und gewerkschaftlichen Rechte der Bevölkerung abzuwehren und eine Abkehr vom kaputtgekürzten privatisierten Gesundheits- und Infrastruktursystem hin zu einem präventiven, dem Bedarf aller gemäß ausgestatteten System mit demokratischer Teilhabe politisch durchzusetzen. Die damit einhergehende Stilllegung der Partei war falsch und ist für das Wahlergebnis mitverantwortlich. Rechte werden immer erkämpft, nie gewährt! Die Hamburger Volksinitiative gegen Rüstungsexporte hat bei-

spielsweise gezeigt, dass es auch anders geht. Vierzehntägig gab es 2020 und 2021 Präsenztreffen sowie 2021 einmal im Monat eine Kundgebung mit Podiumsdiskussion und Kulturprogramm. Sie hat nach sechs Monaten trotz aller Beschränkungen 14.000 Unterschriften gesammelt und einen gesellschaftlichen Impuls gegeben.

6. Es ist den vielfältigen Aktivitäten an der Basis der Partei sowie ihre Verankerung in sozialen Bewegungen, Bündnissen und in den Stadtteilen zu verdanken, dass das Wahlergebnis nicht noch schlimmer ausfiel, weil zumindest dort klargestellt wurde, dass die LINKE eine antikapitalistische, antimilitaristisch-pazifistische Partei für soziale Gerechtigkeit bleiben muss – getragen auch von internationaler, anti-imperialistischer Solidarität.

Was ist zu tun?

Die Realität verlangt einen grundlegenden Strategie- und Politikwechsel in der Partei, wie er im Erfurter Programm beschrieben ist. Nichts ist realistischer als gemeinsam für radikale Reformen zu kämpfen. Dass dafür in der Bevölkerung fortschrittliche und radikale Positionen verbreitet und Bündnispartner vorhanden sind, zeigt sich an dem Ergebnis des Volksentscheids „Deutsche Wohnen&Co. Enteignen“, der in Berlin parallel zur Bundestagswahl stattfand: Mit 56,4 % stimmten mehr als 1 Million der 1,75 Millionen Berlinerinnen und Berliner, die sich an der Abstimmung beteiligten (ca. 75%), für die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne.

Statt sich den Gegnern von Kampagnen wie dieser anzudienen, ist es unsere Aufgabe, die Partei auf Grundlage des Erfurter Programms als Mitgliederpartei oppositions- und konfliktfähiger zu machen, auch damit konkrete spürbare Verbesserungen schon jetzt durchgesetzt werden können. Wir müssen die Parlaments- und Regierungsfixierung im Denken und Handeln überwinden und auf die Stärkung gesellschaftspolitischer Opposition orientieren. Zu dieser Kurskorrektur gehört auch ein Wandel in der Parteikultur: argumentierend, lernend und kooperierend, aufbauend von unten nach oben.

Um handlungsfähiger zu werden, müssen wir uns durch politische Bildungsarbeit auch das theoretische Rüstzeug verschaffen, um den Herausforderungen, denen wir uns angesichts von Aufrüstung, verschärftem Sozial- und Grundrechteabbau, Neo-Kolonialismus und Imperialismus gegenübersehen, mit einer gemeinsamen Praxis und Perspektive zu begegnen.

In Hamburg geht es nun um die Vorbereitung der vom Landesparteitag beschlossenen Strategiekonferenz und um Beratungen in den Bezirken und bei Mitgliedertreffen. Wir müssen klüger werden, weil es um die Emanzipation aller und um Aufklärung geht. Darum, andere Menschen zu überzeugen und zu bestärken, nicht die Hände zu heben, sondern den Kopf.

Nur so kann die LINKE ein wirksamer Teil der weltweiten Bewegungen gegen Krieg, Ausbeutung, Hunger und Umweltzerstörung sein und dazu beitragen, dass die milliardenfachen Forderungen nach Frieden, sozialer Gerechtigkeit, umfassender demokratischer Teilhabe und ein vernünftiges Mensch-Natur-Austauschverhältnis Wirklichkeit werden.

Solidarität schafft Hoffnung!

Hamburg, im Oktober 2021